

# STREIKAUFRUF DER GEWERKSCHAFTEN IN DER KRISE:

## Ökonomische Theorie und das Unverständnis über das Wesen der sozialen Transformation

Von Ferdinand Wenzlaff



*„Das Kapital und die Macht, sekundäre Organe in der Gesellschaft, sind immer noch die Götter, die der Sozialismus anbetet; würde es Kapital und Macht nicht geben, so würde er sie erfinden.“*

*„Gewalt gegen die Unternehmer und Eigentümer anzuwenden; die Werkstätten zu desorganisieren, die Arbeit zum Stillstand zu bringen und Kapitale Risiken auszusetzen, das bedeutet, den allgemeinen Zusammenbruch zu betreiben.“*  
(Pierre-Joseph Proudhon, 1809-1865)

Die aktuell umgesetzte Kampf- und Streikstrategie der Gewerkschaften in Griechenland dient als Inspiration, allgemeine Widersprüche der Gewerkschaftsphilosophie aufzudecken. Hier soll argumentiert werden, dass von Gewerkschaften trotz ehrenwerter Ziele weder die Funktionsweise der Ökonomie, noch das Wesen der sozialen Transformation ausreichend verstanden wird und ihre Politik eher den Fortschritt hemmt als unterstützt. Der Text zerfällt in einen Teil der ökonomischen Analyse und einen Teil, welcher für ein anti-materialistisches Verständnis der Treiber der sozialen Revolution jenseits von Streik, Gewalt und Macht plädiert.

### **Widersprüche im Marxismus als ökonomische Theorie der Gewerkschaft**

Seit langer Zeit fußt die Sozialdemokratie wie auch die Gewerkschaften auf dem ökonomischen Paradigma des Marxismus. Der Marxismus versteht sich als Kritik der orthodoxen ökonomischen Lehre, weist jedoch dieselben Unzulänglichkeiten auf: Zins, Kapitaleinkommen, Arbeitslosigkeit und Systeminstabilität ist Ausfluss realer Variablen, während monetäre Variablen insofern neutral sind, als sie nur reale Prozesse der Einkommensschaffung und -verteilung reflektieren. Zentraler Baustein ist die von David Ricardo (1772-1823) eingeführte Subsistenzlohntheorie, nach welcher der Arbeiterlohn so bestimmt wird, dass sich Arbeit reproduzieren kann. Der Rest der Erlöse von Unternehmen bildet den Profit des Kapitalisten bzw. als Quotient auf das eingesetzte Kapital die Profitrate. Der Arbeiter muss den Mehrwert abliefern, weil er kein Eigentum an Produktionsmitteln besitzt und daher keine andere Wahl hat. Weil die Profitrate aus den Macht- bzw. Eigentumsverhältnissen erscheint, wird mit dem „Geldkapitalisten“ brüderlich geteilt und der Zins als Teil des Profits abgeführt. Mit der Expropriation und der Arbeiterverwaltung würde das Kollektiv selbst entscheiden, was es mit dem „Überschuss“ über die Repro-

duktionskosten macht und den Geldkapitalisten nicht in die Familie aufnehmen; der Zins sowie der Profit verschwindet.

Widersprüchlich ist weiterhin Folgendes: die absolute Macht des Produktionsmitteleigentümers ist zweifelhaft, weil zumindest in einer Situation der Vollbeschäftigung, der Arbeiter Verhandlungsmacht besitzt, weil Unternehmer um Arbeitnehmer konkurrieren müssen. Sie stehen unter Druck, weil ihr Eigentum ohne Inwertsetzung an Wert verliert. Für Fabriken und Maschinen gilt das Marktprinzip genauso wie für Immobilien: Ist das Wohnungsangebot im Verhältnis zur Nachfrage groß, sind die Eigentümer bereit, die Miete bis auf die Betriebskosten zu senken, weil der Leerstand Kosten verursacht (abgesehen davon, dass der Staat Leerstand subventioniert um Mieten und damit die Renteneinkommen aus Vermögen zu stützen). Der Sozialreformer Silvio Gesell schrieb 1891:

„Jeder Fabrikant ist durch das Vorhandensein seiner Maschinen an die Arbeiter gebunden; die Maschinen machen den Fabrikanten abhängig von den Arbeitern; die Rücksicht auf die Maschinen ist der einzige Grund, der den Fabrikanten unter Umständen zwingen kann, den Wünschen der Arbeiter nachzugehen. Werden nämlich die Maschinen nicht gebraucht, so verrosten sie bald ... die Maschinen sind die einzigen Bundesgenossen, welche die Arbeiter in der Lohnfrage haben.“

Unerklärt bleibt, warum das Kapital knapp bleibt und einen dauerhaften Ertrag generieren kann. Marx leuchtete ein, dass die Konkurrenz der Kapitalien zu einer Durchschnittsprofitrate führen muss und hat zudem einen tendenziellen Fall der Profitrate zu deduzieren versucht. Die Produktionsmittel sind kein vom Himmel gefallener fixer Bestand, sondern ein unendlich vermehrbares Produkt menschlicher Arbeit. Wer verbietet dem Arbeiterkollektiv, sich eigene Produktionsmittel mittels ihrer Arbeit zu produzieren? In diesem Zusammenhang möchte ich dem unerkannten Sozialreformer Ernst Busch würdigen, welcher bereits vor 120 Jahren den theoretischen Widerspruch des Marxismus aufzeigte.

Weil bereits ein Sack Kartoffeln die Reproduktion sichern würde, schreibt man die Erreichung des heutigen Lohnniveaus den Gewerkschaften und ihrer Kampfstrategie zu. Dies habe ich theoretisch widerlegt, sodass wir die empirischen Beweise nicht suchen brauchen. Zu Zeiten der Konjunktur und hohem Beschäftigungsgrades sind individuelle Lohnabschlüsse höher als Tarifverträge während

in Depressionszeiten die Gewerkschaft Lohnsteigerungen nicht durchsetzen kann bzw. -kürzungen hinnehmen muss oder das Unternehmen in den Konkurs treibt.

### Die Funktionsweise der Geldwirtschaft aus keynesianischer Perspektive

Die Theorie der Geldwirtschaft erklärt den Zins und Arbeitslosigkeit als monetäres Phänomen. Sind Sie bereit ihr Vermögen langfristig zu einem Zinssatz von 0% anzulegen? Wozu, denn dann halten Sie ihr Vermögen lieber liquide in Bargeld oder auf dem Girokonto. Liquidität wirft den immateriellen Ertrag ab, jederzeit Käufe zu tätigen (Liquiditätsprämie), während die Aufgabe der Liquidität entlohnt werden muss. Der Zins erscheint daher als Liquiditätsverzichtspämie. Der Vermögensmarkt dominiert den Gütermarkt, d.h. der Zins als monetäres Phänomen überträgt sich auf den Gütermarkt. Produktion ist daher eine Form der Vermögensanlage. Es spielt auch keine Rolle ob die

Produktion kreditfinanziert, oder aus der eigenen Schatzkiste erfolgt: Das Prinzip der Opportunitätskosten verlangt den Kapitalzins; die Profitrate muss mindestens dem Geldzins entsprechen. Die Profitrate bzw. der Kapitalertrag ist also nicht Voraussetzung des Zinses, sondern umgekehrt Resultat der Liquiditätspräferenz. Die Höhe des Geldzinses ist abhängig von der Liquiditätspräferenz der Vermögensbesitzer und setzt eine Unterschranke für den Kapitalzins. Selbstverständlich stecken im Zins auch

Prämien für die Risikoübernahme und Dienste der Bank. Wenn deutsche Staatsanleihen als risikolos gelten, dann könnte man deren Zins von gegenwärtig etwa 3% als Liquiditätsprämie, und damit als Zins im engeren Sinne interpretieren.

Nun leuchtet ein, wie das Kapital knapp gehalten wird, obwohl es dem Konkurrenzprozess unterliegt. Die Kapitalvermehrung wird unterbunden, wenn die Schwelle erreicht wird und die Vermögenden lieber Liquidität halten. Verkürzt dargestellt ist auch die Arbeitslosigkeit in diesem Zusammenhang zu erklären: Die Anpassung des Zinses zum Ausgleich der Spar- und Investitionswünsche funktioniert nicht. Er müsste weiter sinken oder gar negativ werden können. Dann könnten die enormen Sparwünsche auch den Weg in die Investition finden. Weil aber gegenwärtig der Zins zu hoch ist und bei den Absatzaussichten die Kapitalkosten nicht eingebracht werden können, müssen Investitionen unterbleiben und Arbeitslosigkeit erzwungen werden.

*„Der Marxismus versteht sich als Kritik der orthodoxen ökonomischen Lehre, weist jedoch dieselben Unzulänglichkeiten auf [...]“*

## Lektionen für die Politik der Gewerkschaften

Griechenland ist in erster Linie Opfer der Unzulänglichkeit des europäischen Kreditgeldsystems bzw. der Politik der europäischen Zentralbank, welches die Senkung des Kapitalzinses und die Erreichung von Vollbeschäftigung verhindert. Jeder Staat ist zwangsläufig verschuldet: die Konsolidierung kann nur um den Preis einer Depression und soziale Unruhen erfolgen. Gegenwärtig ist nicht in Sicht wie die Wachstumsrate über die Zinsrate steigen sollte, sodass europäische Staaten die Chance hätten, zu konsolidieren. Staatsschulden sind nie durch etwas gedeckt als durch den Zugriff auf zukünftig geschaffene Einkommen per Steuer und daran ist auch nichts verkehrt. Die vom Staat zu zahlende Risikoprämie ist abhängig vom Vertrauen in den Staat, ein soziales Klima zu erhalten, indem sich die Wirtschaft verstetigt und die Steueraufkommen anfallen. Das Vertrauen in den griechischen Staat brach nun (nur teilweise gerechtfertigt) zusammen und aus dem Herdenverhalten brechen die Kurse zusammen bzw. schnell die zu zahlende Risikoprämie für Staatsanleihen in die Höhe, was den finanziellen Spielraum des Staates noch weiter einengt. Die Sparprogramme sind insofern gefährlich, weil sie durch die fehlenden in den Kreislauf gepumpten Einkommen die Deflation weiter nähren, es andererseits aber nachvollziehbar ist, wenn der Staat sich nur noch zu sehr hohen Kosten verschulden kann.

Statt sich die Gewerkschaft dafür einsetzt, die Fehler im System zu suchen und Lösungen zu finden, plädiert sie mit ihrer Kampfstrategie für den sozialen Krieg. Der Streik bringt den Staat noch weiter unter Druck: volkswirtschaftliche Kosten werden verursacht, sodass andere Branchen, welche auf die Staatsdienste angewiesen sind, Einbußen machen müssen und damit Steuereinnahmen weiter zurückgehen, Arbeitslosigkeit steigt. Die deflationäre Spirale wird somit so richtig in Gang gebracht. Was will die Streik-Politik erreichen? Erhofft man sich etwa einen politischen Umsturz und die Errichtung eines neuen Systems?



*Statt sich die Gewerkschaft dafür einsetzt, die Fehler im System zu suchen und Lösungen zu finden, plädiert sie mit ihrer Kampfstrategie für den sozialen Krieg.*

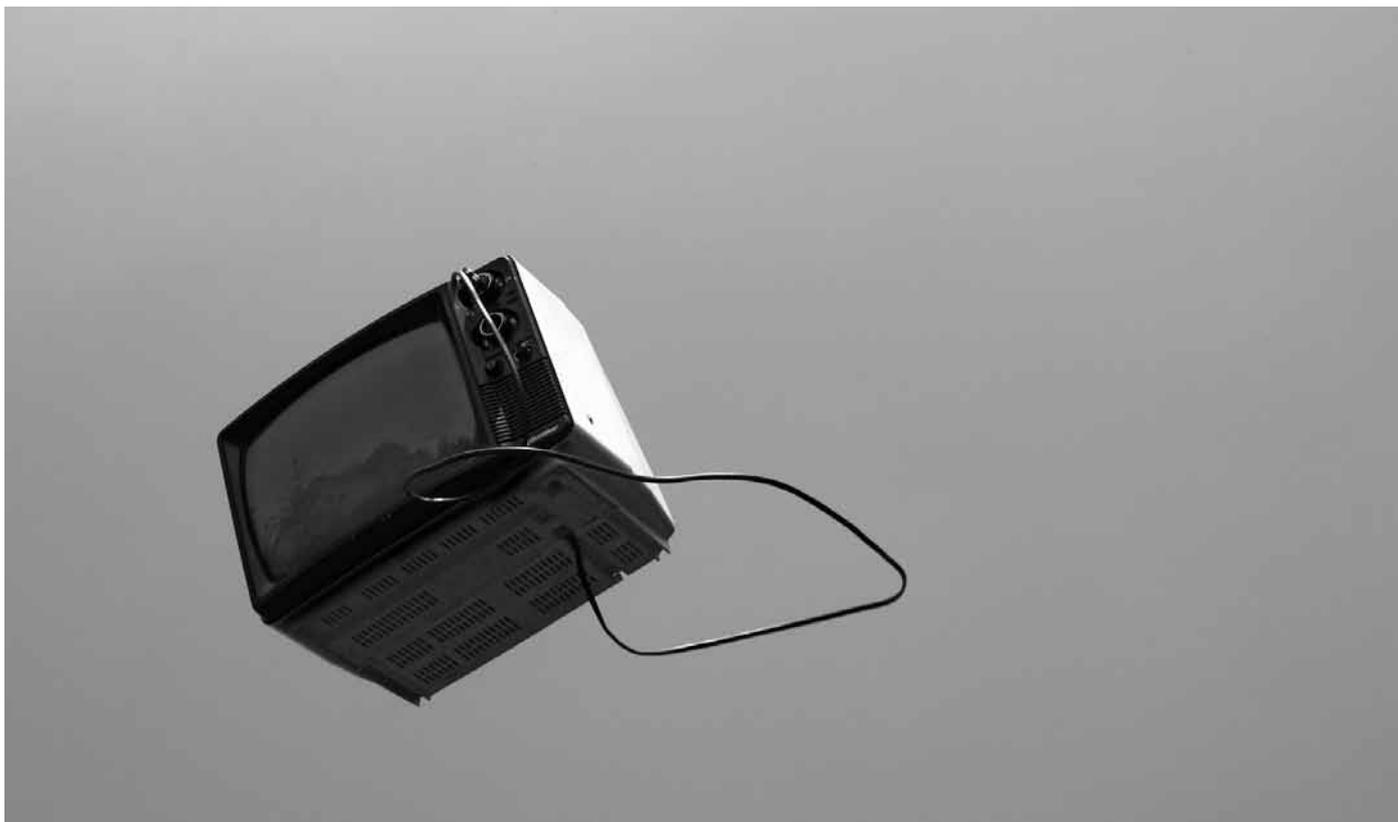
Das linke Denken verschmäht die Vision einer Entmachtung durch Verteilung der Macht in der Gesellschaft, sondern fixiert die Verschiebung privatkapitalistischer Macht zum Arbeiterkollektiv. Das Problem liegt in der fehlenden systemischen Perspektive, wobei (konstruierte) Personengruppen (Kapitalisten, Manager, Politiker) als schwarze Schafe gelten und bekämpft werden sollen. Wenn die Gewerkschaft anerkennt, dass private Macht nicht aus dem Eigentum an sich, sondern aus dem leistungslosen Einkommensstrom resultiert, könnte sie sich mehr für Wege interessieren, den Kapitaleinkommensstrom zum Verschwinden zu bringen, statt ihn sich aneignen zu wollen. Man gesteht der Arbeiterklasse meist keine klügeren Waffen zu, als die Macht mit Macht zu bekämpfen.

Von der Macht kommt weder Recht noch Gerechtigkeit. Der Idealismus bzw. der Humanismus sieht nicht den Machtkampf und der Sieg der einen über der anderen Klasse, sondern der Sieg und die Herrschaft der Vernunft als Weg und Mittel der sozialen Transformation. Man muss nicht in einen Realitäts-Fetischismus verfallen und meinen, ideelle Werte hätten in der politökonomischen Wirklichkeit keinen Platz – so ist auch Kants Position zur Politik zu verstehen.

Streik ist kein Erwachen eines Klassenbewusstseins oder die Verteidigung von Interessen, sondern vielmehr Zeichen der Ideenlosigkeit und Ohnmacht. Statt durch Findung einer Idee für die Vervollkommnung des Rechts in der

Gesamtheit der Gesellschaft und deren legale, sittenkonforme Verwirklichung einzutreten, sind Streiks durch unnötige Gewaltanwendung und Störung der Ordnung reaktionär und dem Fortschritt entgegen gerichtet. Soziale Transformation ist organisch und kommt aus der (Re)Organisation, nicht aus der Zerstörung von Bestehendem.

Indem Marx das transformative Potential von Konsumgenossenschaften explizit herabwürdigte und die Produktion unter die Kontrolle der Arbeiter bringen wollte, verkennt er, dass ein glücklicher Produzent unvollkommen ist, solange er ein unglücklicher Konsument ist. Nicht die Sphäre der Produktion, sondern der Zirkulation, d.h. dort wo Produzent und Verbraucher zusammenkommen, muss den Ansatzpunkt bilden. Wir schimpfen auf Konzerne, dabei könnten wir sie durch Boykott in wenigen Tagen stürzen. Wir könnten unsere eigenen Konzerne bilden, wenn wir uns den Absatz sichern. Wenn der Konsument bereit ist, Bioprodukte oder handbearbeitete Möbelstücke zu kaufen, werden sie auch produziert. Aber wenn wir Ikea-Möbel kaufen wollen, dann müssen diese auch günstig aus der Massenproduktion kommen. Der Vermögende kann



sich zwischen Hedgefond und Sparbrief entscheiden. Letztendlich sind es wir als Verbraucher, die die Veränderungen bewirken können. Aber per Gewalt und Verbot neue Produktionsstrukturen zu verordnen, ist der verkehrte Weg.

### Zum Verhältnis von Institutionen und Bewusstsein

Der Materialist braucht die Gewalt und eine Führung als Träger der Interessen der entfremdeten ausgebeuteten Klassen. Die Veränderung der gesellschaftlichen Institutionen ermöglicht dann die Entfaltung des Bewusstseins des angeblich wahren Gattungswesens des Menschen. Der Idealist versteht die Institutionen als Ausdruck des Bewusstseins und die soziale Transformation setzt daher die Entwicklung des Bewusstseins voraus.

Ich halte eine Zwischenposition mit Tendenz zum Idealismus für sinnvoll. Dabei ist es richtig, mit allen moralisch vertretbaren Mitteln auf die Politik des Staates einzuwirken. Wir müssen aber auch den gegebenen Freiraum wahrnehmen, und Veränderungen selbst aktiv gestalten. Wir müssen aus der Erwartungshaltung kommen, und dem Staat Zeit geben. Wir dürfen auch nicht vergessen anzuerkennen, in welchem fortschrittlichen Land und Europa wir heute leben dürfen. Wie viele Jahrhunderte benötigte es, die Sklaverei, die Leibeigenschaft oder den Feudalismus zu beseitigen; und wie klein erscheint doch dagegen die Aufgabe, den Kapitalismus schleichend untergehen zu lassen.

Was ist mit den Menschen, welche keine Gedanken über unsere System oder gar Visionen einer besseren Welt haben? Was ist mit denen, die Ausländer verprügeln, sich

mit Drogen voll pumpen und sich mit den Programmen der privaten TV-Sender entertainen? Sie sind einerseits Opfer der objektiven Klassenlage, andererseits unwillig, ihr Bewusstsein zu entwickeln. Es rechtfertigt einerseits, sie mit institutionellen Reformen zu ihrem Glück zu zwingen und erklärt andererseits, warum die soziale Transformation noch auf sich warten lassen muss. Daher kommt der Aufklärung und Verbreitung von Gedanken, welche dann zum Denken und Handeln anregen, immer noch eine größere Bedeutung als dem Streik zu.

Gewerkschaften haben mitunter ehrenwerte Ziele und können Interessen gebündelt vertreten. Von einer Politik der Gewalt und Machteroberung kommt jedoch kein Fortschritt sondern von daher, dass jeder einzelne beginnt unser System zu verstehen und sein Denken und Handeln zu modifizieren. ■

#### Zum Autor

Dipl.-Kfm. Ferdinand Wenzlaff



Lehrstuhl für Personal und Führung  
Fakultät für Wirtschaftswissenschaften  
Technische Universität Chemnitz

#### Diplomarbeit

- Proudhons Brille: Solidarische Ökonomie auf dem Prüfstand ihrer theoretischen Reflexion
- „Arbeitslosigkeit und Zins als monetäres Phänomen“ (in progress)

#### Forschungsinteressen

- Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen
- Theorien sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Systeme
- Monetäre Makroökonomie